

Stand: 20. September 2023

Umsetzungsstand der Bündnis-Maßnahmen für eine Bau-, Investitions- und Innovationsoffensive



Bundesministerium
für Wohnen, Stadtentwicklung
und Bauwesen



Bündnis
bezahlbarer
Wohnraum

Themenfeld 1

in Bearbeitung	1.1	Konstruktiv-kritische Begleitung der Weiterentwicklung der Neubaustandards durch die Bundesregierung hin zur Angleichung an EH40 im Zusammenhang mit der Umstellung der Anforderungssystematik auf einen Ansatz, der Treibhausgasemissionen sowie Energie- und Ressourceneffizienz betrachtet und – soweit möglich – lebenszyklusorientiert ist.	Bund; Länder; Bündnismitglieder	01.01.2025
in Bearbeitung	1.2	Anpassung einer handhabbaren Bilanzierungsmethode zur Integration eines sachgerechten Lebenszyklus-Ansatzes im GEG.	Bund	01.01.2025
in Bearbeitung	1.3	Prüfung einer sachgerechten und praktikablen Methodik zur Quartiersabgrenzung – sowohl in städtischen wie in ländlichen Gebieten.	Bund; Bündnismitglieder	01.01.2025
umgesetzt	1.4	Etablierung einer eigenständigen Neubauförderung, finanziert aus dem Klima- und Transformationsfonds, um Anreize für Investitionen in den bezahlbaren Wohnraum, verbunden mit übergesetzlichen baulichen Standards im Hinblick auf den Lebenszyklus der Gebäude, zu setzen. Diese wird anhand der Nachhaltigkeits- und Sozialkriterien sowie unter Sicherstellung der Beihilfefreiheit konzipiert.	Bund	01.01.2023
weitreichend bearbeitet	1.5	Anpassen des Förderrahmens für klimaneutrale und nachhaltige quartiersbezogene Versorgungslösungen durch die bessere Verzahnung gebäudebezogener Neubauförderung mit quartiers- und netzbezogenen Fördermöglichkeiten.	Bund	In dieser LP
in Bearbeitung	1.6	Prüfung, ob es geeignete Kriterien wie beispielsweise innovative Grundrisse oder neue Wohnformen für die Verringerung des Wohnflächenverbrauchs pro Kopf im Rahmen der Neubauförderung gibt.	Bund	In dieser LP
in Bearbeitung	1.7	Prüfung eines Förderbonus für die Innenverdichtung.	Bund	In dieser LP
in Bearbeitung	1.8	Entwicklung eines digitalen Gebäuderessourcenpasses für Neubauten bei vertretbarem technischem und finanziellem Aufwand, um u. a. die verwendeten Bauprodukte des Gebäudes transparent zu dokumentieren und bei Abbruch deren Wiederverwendung planen und ‚urban mining‘ voranbringen zu können, dabei Prüfung einer Integration in den Energieausweis nach dem GEG. Das hat im Einklang mit Vorgaben der novellierten EU-Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (EPBD) zu erfolgen.	Bund	In dieser LP
weitreichend bearbeitet	1.9	Entwicklung einer Holzbau-, Leichtbau- und Rohstoffsicherungsstrategie.	Bund	In dieser LP
in Bearbeitung	1.10	Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsbewertung für Neubauten zu in der Breite anwendbaren, niedrigschweligen und kostengünstigen Nachweisen für eine ganzheitliche, material- und technologieoffene Betrachtung mit Schwerpunkt auf Treibhausgasen (THG) sowie Energie- und Rohstoffeinsatz im Lebenszyklus.	Bund	In dieser LP

in Bearbeitung	1.11	Prüfung von geeigneten Voraussetzungen und Rahmenbedingungen für den Einsatz recycelter bzw. wiederverwendbarer Bauprodukte, von nachwachsenden Baustoffen sowie wiederverwendbaren Bauteilen und Hinwirken auf deren vermehrte Nutzung.	Bund; Länder	In dieser LP
in Bearbeitung	1.12	Weiterentwicklung von Produktdatenbanken, u. a. durch Bereitstellung einer Online-Datenbank mit Ökobilanz-Datensätzen von Bauprodukten als Datenbasis für die Lebenszyklusanalyse und Nachhaltigkeitsbewertung durch Übernahme, Pflege und Fortentwicklung der ÖKOBAUDAT.	Bund	fortlaufend
in Bearbeitung	1.13	Erarbeitung einer Systematik zur vollständigen Digitalisierung und beständigen Aktualisierung relevanter Produktdaten in digitalen Datenplattformen/Registern mit Schnittstellen zu Nachhaltigkeitsbewertungen und Gebäuderessourcenpässen.	Bund	In dieser LP
in Bearbeitung	1.14	Erstellung eines Leitfadens mit einer Bewertungssystematik für Abriss- bzw. Ersatzneubauentscheidungen zur Abwägung von Treibhausgas-Einsparungen, Energie- und Ressourceneffizienz im Lebenszyklus.	Bund	In dieser LP
in Bearbeitung	1.15	Ausarbeitung einer Expertise für eine Unterstützung von mehr Umnutzungen, Dachausbauten und Aufstockungen zu bezahlbaren Mieten, die auf die speziellen Bedarfe und Mehraufwände ausgerichtet und mit bestehenden Fördermöglichkeiten kombinierbar ist.	Bund; Länder	In dieser LP
in Bearbeitung	1.16	Erarbeiten eines Leitfadens zur Flächeneffizienz durch Stärkung von Multifunktionalität, innovative Wohnformen und Nutzungsflexibilität im Wohnungsneubau.	Bund; Länder	In dieser LP
in Bearbeitung	1.17	Stärkung der kommunalen Beratungsangebote zur Umsetzung von Wohnungstausch und Umbauprojekten durch Länder und Kommunen.	Länder; Kommunen	In dieser LP
in Bearbeitung	1.18	Erarbeitung einer Strategie zur Aktivierung des Leerstands durch Steigerung der Attraktivität von v. a. strukturschwachen Regionen (z. B. durch eine verbesserte infrastrukturelle und verkehrliche Anbindung).	Bund; Länder, Kommunen; Bündnismitglieder	In dieser LP
weitreichend bearbeitet	1.19	Stärkere Förderung des umweltgerechten Wohnumfeldes, u. a. durch nachhaltige Mobilitätskonzepte, Schaffung von Naherholungsgebieten, Gebäudebegrünung, bessere Ausbreitung von Frischluft oder die bessere Aufnahme von Regenwasser.	Bund; Länder; Kommunen	In dieser LP
weitreichend bearbeitet	1.20	Erarbeitung eines Konzepts für den verstärkten Eigentumserwerb im Bestand zur Förderung des Instruments „Jung kauft Alt“ (Qualifizierte Förderung von Bestandsnutzung und Sanierung in Verbindung mit Eigentumsförderung junger Familien) sowie für die Mobilisierung von im Alter in Teilen nicht mehr genutztem Wohneigentum.	Bund; Bündnismitglieder	In dieser LP

Themenfeld 2

weitreichend bearbeitet	2.1	Einrichtung einer unabhängigen Stelle zur Folgekostenabschätzung in Normungsprozessen.	Bund; Länder	In dieser LP
weitreichend bearbeitet	2.2	Normen, auf die bauordnungsrechtlich Bezug genommen wird, werden im nach dem DIN-Länder-Vertrag gesetzten Rahmen kostenfrei zur Verfügung gestellt.	Länder	2023
umgesetzt	2.3	Stärkere Ausrichtung des Innovationsprogramms Zukunft Bau auf Fragen des ökologischen und kostengünstigen Bauens/Wohnens.	Bund	2023
in Bearbeitung	2.4	Erarbeitung einer Machbarkeitsstudie zur Einbeziehung der Folgekosten des Klimawandels in die Betrachtung der Kosten von Energieeffizienzmaßnahmen (Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Vorteile von Effizienzmaßnahmen).	Bund	In dieser LP
in Bearbeitung	2.5	Begrenzung von Kosten im Wohnungsbau durch Erarbeitung von neuen Ansätzen (z. B. in Reallaboren) zur Erfüllung der Energieeffizienzstandards durch architektonisch-bauliche Lösungen.	Bund; Länder; Bündnismitglieder	In dieser LP
in Bearbeitung	2.6	Unter Berücksichtigung der Anforderungen des Klima- und Umweltschutzes und der Bezahlbarkeit des Wohnens Überprüfung des baulichen Anforderungsniveaus und Formulierung von Mindeststandards statt (überhöhter) marktüblicher Standards (u. a. in der Technische Gebäudeausrüstung (TGA), Umsetzung auch von Low Tech-Ansätzen, Begrenzung des Anstiegs der Kostengruppe KG 400 an den Bauwerkskosten und deren rechtssichere Vereinbarung.	Bund	In dieser LP
in Bearbeitung	2.7	Stärkere Berücksichtigung der Betroffenen (einschließlich der Bewohnerinnen und Bewohner) im Normungsverfahren, vergleichbar mit einem Anhörungsverfahren im Gesetzgebungsverfahren, wobei Fragen des Klima- und Umweltschutzes wie auch der Bezahlbarkeit des Wohnens berücksichtigt werden müssen.	Bund; Länder; Bündnismitglieder	In dieser LP
in Bearbeitung	2.8	Auswertung internationaler Erfahrungen („Best Practices“) mit einfacheren oder weniger hohen Anforderungen im Ausland, um Maßnahmen zur Vereinfachung des bestehenden Normungswesens in Deutschland zu entwickeln.	Bund; Länder; Bündnismitglieder	In dieser LP
in Bearbeitung	2.9	Weiterentwicklung der Musterbauordnung und weitere Harmonisierung der Landesbauordnungen.	Länder	Daueraufgabe
in Bearbeitung	2.10	Entwicklung von gesetzlichen Regelungen im Bauordnungsrecht, mit denen beim Wohnungsbau der Bestandserhalt und die Wiederverwendung von Bauteilen/Baustoffen gestärkt wird.	Länder	In dieser LP

in Bearbeitung	2.11	Erleichterung von Neubau, Umbauten und Aufstockungen von Wohngebäuden, durch eine Fortentwicklung der Regelungen zu Kfz-Stellplatzanforderungen im Bauordnungsrecht im Sinne eines intendierten Ermessens.	Länder; Kommunen	in dieser LP
in Bearbeitung	2.12	Überprüfung der rechtlichen Regelungen, inwieweit bei Umbauten und Aufstockungen der Bestandsschutz von Wohngebäuden unter Berücksichtigung des Klimaschutzes und der Klimaanpassung gewährleistet werden kann und welche Gewerke auf den Stand der Technik angepasst werden müssen.	Bund; Länder; Bündnis- mitglieder	in dieser LP
in Bearbeitung	2.13	Zur Priorisierung der Innenentwicklung Untersuchung aller baurechtlichen Auflagen und Vorgaben und bei Bedarf Fortentwicklung der bestehenden Regelungen, z. B. im Bereich Abstandsregelungen, Brandschutz, Denkmalschutz, Natur- und Schallschutz, um durch optionale Abweichungen von der geltenden Regelung die Nachverdichtung und den Dachgeschossausbau zu befördern.	Bund; Länder; Bündnis- mitglieder	in dieser LP
weitreichend bearbeitet	2.14	Novellierung des § 201a BauGB, damit § 31 Abs. 3 BauGB dauerhaft angewendet werden kann und damit Umbauten und Aufstockungen im Bestand befördert werden.	Bund	in dieser LP
in Bearbeitung	2.15	Ausweitung der Förderung für den Aufbau von Kapazitäten für den seriellen und modularen Neubau.	Bund	2024
in Bearbeitung	2.16	Dokumentation und Veröffentlichung von Good-/Best-Practice-Beispielen für die Planung und Errichtung qualitätsvoller serieller und modularer Bauweisen.	Bund	2023
weitreichend bearbeitet	2.17	Ausschreibung und Abschluss einer Nachfolgevereinbarung zum Rahmenvertrag „Seriell und modulares Bauen“, u. a. mit dem Ziel, Nachhaltigkeitsaspekte stärker einzubeziehen.	GdW, zusammen mit BAK, HDB; Bund	2023
in Bearbeitung	2.18	Verankerung von Regelungen in allen Landesbauordnungen, dass bereits einmal erteilte Typengenehmigungen auch bundesweit gelten, sofern keine landesrechtlichen Aspekte (z. B. Wind-, Schnee- oder Erdbebenlasten, Regelungen zur Barrierefreiheit) dagegensprechen.	Länder	in dieser LP
umgesetzt	2.19	Einrichtung einer Geschäftsstelle und eines Runden Tisches „Seriell Bauen“, um allen Akteuren Erfahrungen zur Verfügung zu stellen und mittelstandsgerechte Lösungen in die Wohnungsbaupraxis zu bringen.	Bund; Bündnis- mitglieder	in dieser LP
umgesetzt	2.20	Evaluierung und ggf. Entwicklung von Maßnahmen zum Abbau von Hemmnissen bei Typengenehmigungen von Modulbauten, die über die Regelungen in den Landesbauordnungen hinausgehen.	Bund; Bündnis- mitglieder	in dieser LP

in Bearbeitung	2.21 Abbau von Hemmnissen bei der Auslösung von Einzelbauaufträgen für serielle und modulare Bauweisen aus Rahmenvereinbarungen und Optimierung der bisherigen Ausschreibungspraxis von Rahmenvereinbarungen.	Bund; Bündnismitglieder	In dieser LP
in Bearbeitung	2.22 Berücksichtigung der Belange des Bausektors bei der Rohstoffsicherungsstrategie des Bundes (heimische und nachwachsende Bau- und Rohstoffe, Importe, Recycling).	Bund	In dieser LP
in Bearbeitung	2.23 Durchführung von Forschungsvorhaben und Pilotprojekten zur Wiederverwendbarkeit, zur Verlängerung der Lebenszyklen und dem Baustoffrecycling und Anpassung der rechtlichen und technischen Rahmenbedingungen auf Grundlage der Ergebnisse.	Bund; Länder	In dieser LP
in Bearbeitung	2.24 Erhöhung der Recyclingquoten im Wohnungsbau (u. a. Aufbau von Datenbanken, Baustoffzertifizierung) unter Einhaltung des Kostenbegrenzungsgebots, verbunden mit einer umfassenden Umsetzungsstudie als notwendiger erster Schritt. Hierbei Berücksichtigung/Implementierung von Regelungen zum Abfallende und Produktstatus von Recyclingmaterial.	Bund; Länder	In dieser LP

Themenfeld 3

in Bearbeitung	3.1	Stärkung und Fortentwicklung des Instruments der Konzeptvergabe mit einem Fokus auf die Bezahlbarkeit des Wohnraums sowie den sozialen und ökologischen Nutzen.	Kommunen	In dieser LP
in Bearbeitung	3.2	Weiterentwicklung der Kriterien für die Weitergabe öffentlichen Bodens im Rahmen der Konzeptvergabe zur Schaffung und dauerhaften Sicherung von zusätzlichem bezahlbarem Wohnraum, unabhängig von der Rechtsform der Unternehmen und bei gleichberechtigtem Zugang aller Marktteilnehmerinnen und -teilnehmer, durch eine stärkere Gewichtung der vorhabenbezogenen Gemeinwohlorientierung.	Bund; Länder; Kommunen; Bündnismitglieder	2023/2024
weitreichend bearbeitet	3.3	Erhöhung des Bekanntheitsgrades des Erbbaurechts, z. B. durch geeignete Publikationen, Verbreitung von Best-Practice-Beispielen und Informationsveranstaltungen.	Bund; Länder; Kommunen; Bündnismitglieder	In dieser LP
weitreichend bearbeitet	3.4	Untersuchung der konkreten Hemmnisse sowie Prüfung und Erarbeitung von Vorschlägen, welche Maßnahmen zur Behebung konkret notwendig sind, um eine mögliche Benachteiligung des Erbbaurechts gegenüber dem Vollerwerb zu beheben und eine verstärkte Nutzung des Erbbaurechts möglich zu machen.	Bund; Bündnismitglieder	2023/2024
umgesetzt	3.5	Vorzugsweise Abgabe von Grundstücken im Erbbaurecht an gemeinwohlorientierte Akteure u. a. mit dem Ziel, bezahlbaren Wohnraum bereitzustellen und auf Dauer zu sichern.	Stiftung Edith Maryon; Stiftung trias	fortlaufend
in Bearbeitung	3.6	Weitere Abkehr vom Höchstpreisprinzip und stattdessen Vergabe von öffentlichen Grundstücken grundsätzlich nach qualitativ ausgerichtetem Konzept.	Bund; Länder; Kommunen	In dieser LP
weitreichend bearbeitet	3.7	Evaluierung der bestehenden Verbilligungsrichtlinie der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) hinsichtlich ihrer Wirksamkeit bei der Schaffung von zusätzlichem bezahlbarem Wohnraum und bei Bedarf Fortentwicklung der bestehenden Vorgaben.	Bund	2023/2024
weitreichend bearbeitet	3.8	Im Rahmen der Möglichkeiten des Aktienrechts verstärktes Einwirken des Bundes als Eigentümer auf die Deutsche Bahn AG, für die Zwecke des Schienenverkehrs nicht mehr benötigte Grundstücke zu vergünstigten Konditionen zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum abzugeben.	Bund	In dieser LP
in Bearbeitung	3.9	Bedarfsgerechte Einrichtung kommunaler und regionaler Bodenfonds u. a. mit dem Ziel einer zeitnahen Aktivierung für Investitionen in bezahlbares Wohnen.	Kommunen; Länder	In dieser LP
umgesetzt	3.10	Bei der Errichtung von Bodenfonds, bei Bedarf Bodenbeiräte zur Beratung der Gemeindeorgane einrichten, besetzt mit Akteuren u. a. aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft.	Kommunen	In dieser LP

in Bearbeitung	3.11	Diskussion der Vorschläge und Kriterien für eine stärkere Gemeinwohlorientierung in der Bodenpolitik.	Bund; Länder; Kommunen; Bündnismitglieder	2023/2024
in Bearbeitung	3.12	Prüfung möglicher haushaltsrechtlicher Anpassungen der Haushalts- und Gemeindeordnungen in den Ländern, um bessere Voraussetzungen für die kommunale Bodenvorratspolitik insbesondere in finanzschwachen Kommunen zu schaffen.	Länder	In dieser LP
umgesetzt	3.13	Unter Berücksichtigung der verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen Prüfung, ob und inwieweit die finanziellen Voraussetzungen für die Einrichtung von kommunalen und regionalen Bodenfonds verbessert werden können.	Bund; Länder	In dieser LP
weitreichend bearbeitet	3.14	Stärkung des Instruments der Entwicklung von Baulandstrategien in den Kommunen.	Länder; Kommunen	In dieser LP
weitreichend bearbeitet	3.15	Etablierung von Wohnungsbaukoordinatorinnen und -koordinatoren als zentrale Ansprechpartner für Grundstückseigentümerinnen und -eigentümer, Wohnungsbauunternehmerinnen und -unternehmer und Akteure der Stadt- und Zivilgesellschaft.	Kommunen	In dieser LP
weitreichend bearbeitet	3.16	Bei Bedarf Einrichtung von Runden Tischen durch die Kommunen mit lokalen Wohnungsanbietern, Bauträgern und weiteren Akteuren der Stadt- und Zivilgesellschaft.	Kommunen	In dieser LP
umgesetzt	3.17	Gute und qualitätsvolle Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, insbesondere bei Wohnungsbauvorhaben, die der Verdichtung und stärkeren Innenentwicklung dienen.	Bund; Länder; Kommunen; Bündnismitglieder	In dieser LP
in Bearbeitung	3.18	Bereitstellung von transparent zugänglichen Informationen zu Flächen, die sich als Kompensationsflächen für Ausgleichsmaßnahmen für den Wohnungsbau eignen.	Länder; Kommunen	In dieser LP
in Bearbeitung	3.19	Möglichst flächendeckende Einrichtung und niedrigschwellige Zugänglichkeit digitaler Potenzial- und Brachflächenkataster, um zusätzliche Transparenz zu schaffen.	Kommunen	In dieser LP
weitreichend bearbeitet	3.20	Prüfung des rechtlichen (Anpassungs-)Bedarfs für die Baulandumlegung, städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen (SEM) und Innenentwicklungsmaßnahmen, um zusätzliches Bauland zu mobilisieren.	Bund	In dieser LP

umgesetzt	3.21	Beratung der Städte und Gemeinden zu zentralen planungsrechtlichen Instrumenten.	Länder; kommunale Spitzenverbände	In dieser LP
weitreichend bearbeitet	3.22	Ambitionierte Vorgaben in kommunalen Baulandstrategien, beispielsweise durch bedarfsgerechte Quoten bei verbilligter Abgabe von Grundstücken.	Kommunen	In dieser LP
weitreichend bearbeitet	3.23	Weitere rechtliche Stärkung der „doppelten Innenentwicklung“, um die innerörtlichen Potenziale des Wohnungsbaus zu heben und gleichzeitig für die notwendigen Grünflächen zu sorgen.	Bund	In dieser LP
in Bearbeitung	3.24	Modernisierung der Beteiligungsverfahren, indem Best-Practice-Beispiele aus den Kommunen in Deutschland wie auch aus dem Ausland ausgewertet und neue innovative Formate entwickelt werden.	Bund; Länder; Kommunen; Bündnis- mitglieder	In dieser LP
umgesetzt	3.25	Prüfung zur Verpflichtung der Einrichtung von digitalen, kommunalen Potenzial- und Brachflächenkatastern bei dokumentierter, rückläufiger Flächenerfassung trotz vorhandener Potenziale.	Bund; Länder; Kommunen	In dieser LP
in Bearbeitung	3.26	Prüfung von Maßnahmen zur Verbesserung der Transparenz über Grundbuch und Kaufpreise sowie beim Erwerb von Grund und Boden und damit verbundenen Immobilientransaktionen.	Bund	In dieser LP
weitreichend bearbeitet	3.27	Auf der Basis erster Erfahrungen aus der Anwendung des Baulandmobilisierungsgesetzes Diskussion der Wirkung des kommunalen Vorkaufsrechts für Grund und Boden für die Schaffung von zusätzlichem bezahlbarem Wohnraum und bei Bedarf Fortentwicklung des geltenden Rechts.	Bund	In dieser LP
weitreichend bearbeitet	3.28	Überprüfung der rechtlichen Regelungen zum Baugebot und zur zeitlichen Befristung von Baugenehmigungen, ob sie unter Anerkennung der jeweiligen Situation der Grundstückseigentümer und den Bedürfnissen der Allgemeinheit rechtssicher und praxistauglicher ausgestaltet werden sollte.	Bund; Länder	In dieser LP
weitreichend bearbeitet	3.29	Anpassung der Immissionsschutzanforderungen zur Schaffung von zusätzlichem Wohnraum, u. a. in der TA Lärm, z. B. durch die Einführung einer Experimentierklausel und Einbeziehung des dörflichen Wohngebietes (MDW) in die Auflistung der Immissionsrichtwerte.	Bund	In dieser LP
weitreichend bearbeitet	3.30	Flexibilisierung und Fortentwicklung der Baunutzungsverordnung (BauNVO), um den geänderten Lebensverhältnissen in den Städten und Gemeinden gerecht zu werden, z. B. zur Beseitigung von etwaigen Hemmnissen in Bezug auf das „Urbane Gebiet“ (MU) und das „Dörfliche Wohngebiet“ (MDW) und um geeignete Bauflächen für Wohnungsbau und Mischnutzungen gezielt aktivieren zu können.	Bund	In dieser LP

umgesetzt	3.31	Stärkung der Raumordnung und Regionalplanung, um die vorhandenen Flächenpotenziale im Umland von Städten und Gemeinden zu nutzen und die Kommunen gezielt durch den Ausbau der regionalen Verkehrsinfrastruktur zu unterstützen.	Bund; Länder	In dieser LP
umgesetzt	3.32	Verbesserung der regionalen und interkommunalen Zusammenarbeit für die gemeinsame räumliche Planung, Entwicklung von Bauland und Gebietsentwicklung.	Länder; Kommunen	In dieser LP
umgesetzt	3.33	Bei Bedarf, Weiterentwicklung der Landesentwicklungspläne zur Schaffung zusätzlicher, vorzugsweise innerörtlicher Flächenpotenziale für den Wohnungsbau.	Länder	In dieser LP
weitreichend bearbeitet	3.34	Verknüpfung der Bereitstellung von Bauland außerhalb der Ballungszentren mit infrastrukturellen Maßnahmen (insbesondere ÖPNV) zur besseren Anbindung von ländlichen und strukturschwachen Regionen.	Bund; Länder; Kommunen	In dieser LP
weitreichend bearbeitet	3.35	Prüfung, ob und in welcher Form eine mögliche grundsätzliche Neuausrichtung des Rechtsrahmens der BauNVO zur Verwirklichung von Nutzungsmischung möglich und sinnvoll ist.	Bund	In dieser LP
umgesetzt	3.36	Nutzung etablierter Instrumente wie städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen (SEM), um einen Ausgleichsbetrag für Bodenwertsteigerung zu erheben, und städtebauliche Verträge zur Beteiligung an den Kosten von Investitionen in die öffentliche Infrastruktur.	Kommunen	fortlaufend
umgesetzt	3.37	Im Rahmen des qualitativen Konzeptvergabeverfahrens Festlegung der Art und des Umfangs der wirtschaftlichen Beteiligung und Mitverantwortung der Grundstückskäufer an der Erstellung, dem Ausbau und der Instandsetzung der sozialen, verkehrlichen und digitalen Infrastruktur für entstehende Wohnquartiere zur örtlichen Bedarfsdeckung der Bewohnerinnen und Bewohner.	Kommunen	fortlaufend
weitreichend bearbeitet	3.38	Prüfung, ob es bei der planungsbedingten Wertsteigerung von Grund und Boden weiteren Handlungsbedarf und weitere rechtlich umsetzbare Instrumente gibt.	Bund	In dieser LP
in Bearbeitung	3.39	Prüfung rechtlich umsetzbarer und wirksamer Instrumente zur Dämpfung des unverhältnismäßigen Anstiegs von Baulandpreisen unter Ausschluss von Umgehungstatbeständen.	Bund	In dieser LP

Themenfeld 4

weitreichend bearbeitet	4.1	Selbstverpflichtung, die Fristen zur zeitnahen Umsetzung von öffentlichen Planungs- und Genehmigungsverfahren in der Praxis zu verkürzen. Gleichzeitig sollte die dafür notwendige Qualität der Antragsunterlagen sichergestellt werden.	Kommunen; Bündnismitglieder	In dieser LP
weitreichend bearbeitet	4.2	Reform des Baugesetzbuches (BauGB), u. a. mit dem Ziel, weiteres Potenzial zur Beschleunigung der Planung zu heben, etwa im Bereich der Digitalisierung, verbunden mit einem Praxistest von Reformansätzen im Rahmen von Fachexperten-Gesprächen und einem Planspiel.	Bund	2022/2023
umgesetzt	4.3	Gesetzliche Grundlagen für die stärkere Digitalisierung des Beteiligungsverfahrens in der Bauleitplanung unter Beibehaltung des analogen Verfahrens schaffen.	Bund	2022/2023
weitreichend bearbeitet	4.4	Flexibilisierung der rechtlichen Vorgaben für die Erstellung von Vorhaben- und Erschließungsplänen unter Beachtung europarechtlicher Vorgaben, mit denen Investoren bzw. Bauträger Baurecht erlangen können.	Bund	2022/2023
weitreichend bearbeitet	4.5	Identifizieren von Hindernissen und bei Bedarf Fortentwicklung rechtlicher Vorgaben für die Anpassungen von nicht mehr zeitgemäßen Bebauungsplänen.	Bund	2022/2023
weitreichend bearbeitet	4.6	Verbesserung der Anwendung des § 9 Abs. 2d BauGB (sektoraler Bebauungsplan zur Wohnraumversorgung) in den Kommunen durch zusätzliche Handreichungen und Informationen, die zur Baubeschleunigung und zur Schaffung von mehr Wohnungen beitragen.	Länder; Kommunen	2022/2023
weitreichend bearbeitet	4.7	Identifizierung möglicher rechtlicher Hürden für die Umnutzung von Gewerbegebäuden wie z. B. Ladenlokalen, Shoppingmalls und Bürogebäuden in bezahlbaren Wohnraum und bei Bedarf Entwicklung von Maßnahmen zur Flexibilisierung und Fortentwicklung der rechtlichen Vorgaben, um zur Belebung der Innenstädte und der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum beizutragen.	Bund	2022/2023
weitreichend bearbeitet	4.8	Standardisierung zur Vereinfachung der Prüfung artenschutzrechtlicher Belange im Rahmen der Umweltprüfung bei der Aufstellung von Bauleitplänen.	Bund	2023
weitreichend bearbeitet	4.9	Bei Bedarf rechtliche Klarstellung, dass der Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen sowohl durch den Abstand zwischen unverträglichen Nutzungen als auch teilweise durch technische und planerische Maßnahmen erfolgen kann, um den Bau von bezahlbarem Wohnraum insbesondere im verdichteten Raum zu vereinfachen.	Bund	2022/2023
in Bearbeitung	4.10	Möglichst weitgehend abgestimmte Bearbeitung der für die Instrumente Umweltprüfung (UP), Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP), Eingriffsregelung und FFH-Verträglichkeitsprüfung erforderlichen Fachinhalte – unter Beachtung der jeweils spezifischen materiell-rechtlichen Anforderungen sowie frühzeitige Abstimmung/Koordination der erforderlichen Untersuchungen.	Kommunen	fortlaufend

umgesetzt	4.11	Aufbau einer digital zugänglichen Datenbank mit verfügbaren Umweltdaten (z. B. Hitzeströme, Abstandsregeln, Daten zum Hochwasserschutz, Starkregen, Einstufung von Umweltrisiken, Geothermie), um die Durchführung von Umweltuntersuchungen zu beschleunigen.	Bund; Länder	2023/2024
umgesetzt	4.12	Identifizieren und Umsetzung von Beschleunigungspotenzialen in den Abläufen aller raumbedeutsamen Planverfahren im vorhandenen Rechtsrahmen.	Bund; Länder; Kommunen	fortlaufend
weitreichend bearbeitet	4.13	Mögliche Ausweitung des Instruments des sektoralen Bebauungsplans nach § 9 Abs. 2d BauGB auch für bereits beplante Gebiete.	Bund	2022/2023
weitreichend bearbeitet	4.14	Mögliche Fortentwicklung der rechtlichen Vorgaben für den Umgang mit Formfehlern und deren Heilungsmöglichkeiten im Bauplanungsrecht bei Sicherstellung der Beteiligungsrechte Dritter, um unnötige Verzögerungen von Planungen in der Praxis durch fehlerhaftes Handeln zu vermeiden.	Bund	In dieser LP
weitreichend bearbeitet	4.15	Prüfung gesetzlicher Möglichkeiten, um Stichtage im Planverfahren zu setzen, wonach Änderungen technischer oder rechtlicher Rahmenbedingungen nicht mehr berücksichtigt werden müssen und damit Verzögerungen durch Überarbeitungen von Planunterlagen verhindert werden. Die Vorgaben zu den Beteiligungsmöglichkeiten und fachlichen Standards bleiben davon unberührt.	Bund	In dieser LP
in Bearbeitung	4.16	Bei Klageverfahren gegen Bauleitpläne zu Wohnungsbauvorhaben ggf. mögliche rechtlich und praktisch umsetzbare Einführung eines frühen verpflichtenden Erörterungstermins vor Gericht, um einen langwierigen Austausch von Schriftsätzen zu vermeiden und damit Verfahren zu beschleunigen.	Bund	In dieser LP
weitreichend bearbeitet	4.17	Prüfen einer Fortentwicklung der rechtlichen Möglichkeiten in Bebauungsplänen zur Verbesserung von Besonnung und Belichtung von Wohngebäuden, z. B. durch die lichtoptimierte Grundrissgestaltung, die Positionierung von Fensterflächen sowie die Verwendung heller Fassadenmaterialien.	Bund	In dieser LP
weitreichend bearbeitet	4.18	Prüfung rechtlicher Regelungen zum Lärmschutz, um der Bewältigung von Lärmkonflikten im Wohnungsbau eine rechtssichere Grundlage zu geben.	Bund	In dieser LP
in Bearbeitung	4.19	Bedarfsgerechte Ausstattung, verbunden mit einer adäquaten Personalsteuerung in den Zulassungs-, Bau- und Planungsbehörden.	Länder; Kommunen	In dieser LP
in Bearbeitung	4.20	Stellenoffensive für den öffentlichen Dienst in Ländern und Kommunen für Fachkräfte in planerischen Berufen, verbunden mit einer Initiative für eine stärkere Aus- und Fortbildung für das technische Personal (u. a. Bauvorlagenberechtigte) und für mehr technische Referendariate, um dort (wieder) eine umfassende Planungs- und Bauherrenkompetenz zu etablieren.	Länder; Kommunen	In dieser LP

in Bearbeitung	4.21	Vernetzungsangebote der Länder für einen behördenübergreifenden Austausch von Wissen und Personal zwischen den Kommunen aufbauen und nutzen.	Länder; Kommunen	In dieser LP
offen	4.22	Inaussichtstellung, bei Bedarf landesweite Personalpools unter umfassender Einbeziehung der Sozialpartner einzurichten. Dabei soll – soweit möglich – die Entsendung von zusätzlichem Personal (qua Amtshilfe) durch die Landesebene organisiert werden, um Kommunen bei besonderen Belastungsspitzen im Genehmigungsverfahren im Wohnungsbau personell zeitlich begrenzt zu unterstützen.	Länder (unter Beteiligung der Sozialpartner)	In dieser LP
umgesetzt	4.23	Stärkung der „PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH“ als Inhouse-Beratungsgesellschaft der öffentlichen Hand zur Unterstützung von Kommunen bei der Entwicklung von Städtebau- und Wohnungsprojekten.	Bund	In dieser LP
in Bearbeitung	4.24	Mögliche Einführung von Innovationsklauseln in die Musterbauordnung und Übernahme in die Landesbauordnungen, um den Wohnungsbau z. B. durch den Umbau, die Umnutzung sowie das serielle Bauen und die Nutzung von alternativen und innovativen Baumaterialien zu erleichtern.	Länder	In dieser LP
in Bearbeitung	4.25	Erarbeitung und Beratung einer Regelung für die Musterbauordnung und Übernahme in die Landesbauordnungen, dass Nutzungsänderungen von Dachgeschossen zu Wohnzwecken, einschließlich der Errichtung von Dachgauben, im Anwendungsbereich des §34 Abs. 1. Satz 1 BauGB unter zu definierenden Bedingungen genehmigungsfrei sind.	Länder	In dieser LP
in Bearbeitung	4.26	Mögliche erweiterte Anwendung des vereinfachten Genehmigungsverfahrens in den Landesbauordnungen als Regelverfahren im Wohnungsbau.	Länder	In dieser LP
in Bearbeitung	4.27	Rechtlich tragfähige Maßnahmen zur Begrenzung der Dauer von Genehmigungsverfahren bei gleichzeitigem Sicherstellen der für die Umsetzung notwendigen personellen Kapazitäten in den Kommunen und der Einreichung prüffähiger Unterlagen.	Länder	In dieser LP
weitreichend bearbeitet	4.28	Umsetzung und Weiterentwicklung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) nach Maßgabe des „Einer-für-Alle-Prinzips“ (EfA), insbesondere Anpassung der rechtlichen Regelungen der Länder, verbunden mit einem vollständig medienbruchfreien digitalen Baugenehmigungsverfahren, bei dem auch eine der Schriftform genügende Baugenehmigung als elektronisches Dokument in einem Postfach nach dem Onlinezugangsgesetz bekanntgegeben und zugestellt werden kann.	Bund; Länder; Kommunen	In dieser LP
weitreichend bearbeitet	4.29	Gleichstellung des digitalen Genehmigungsverfahrens mit dem Papierverfahren im Verwaltungsverfahren.	Bund; Länder	In dieser LP
umgesetzt	4.30	Änderung der Musterbauordnung und der MBauVorIV zur Erleichterung digitaler bauaufsichtlicher Verfahren.	Länder	In dieser LP

in Bearbeitung	4.31	Zusätzliche Errichtung von digitalen Planungs- und Genehmigungsplattformen, die nutzerfreundlich untereinander vernetzt und technisch kompatibel sind.	Länder; Kommunen	In dieser LP
weitreichend bearbeitet	4.32	Bundesweite Einführung eines digitalen Bauantrags.	Länder	In dieser LP
offen	4.33	Schrittweise Einführung der E-Akte für Genehmigungsverfahren und Digitalisierung aller prüfrelevanten Bestände an Bauakten mit nutzerfreundlichem digitalem Zugang.	Länder; Kommunen	In dieser LP
offen	4.34	Bereitstellung von im Genehmigungsverfahren zu prüfenden Dokumenten durch die Behörden in digitaler Form, d. h. Dokumente in einem freien, standardisierten Datenformat (z. B. GPKG) anzubieten, die eine Verschneidung mit anderen Daten von Externen ermöglichen.	Länder; Kommunen	In dieser LP
weitreichend bearbeitet	4.35	Flächendeckende Implementierung von XPlanung und XBau in allen digitalen Baugenehmigungsverfahren.	Länder; Kommunen	2022/2023
offen	4.36	Einsatz von digitalen Tools, wie Künstliche Intelligenz, zur Unterstützung bei Genehmigungsverfahren.	Länder; Kommunen	In dieser LP
in Bearbeitung	4.37	Verstärkte Anwendung des E-Siegels.	Bund; Länder; Kommunen	In dieser LP
in Bearbeitung	4.38	Einbindung der Kommunen in den interdisziplinären Planungsprozess durch den Einsatz digitaler Planungsmethoden.	Bund; Länder; Kommunen	In dieser LP
in Bearbeitung	4.39	Stärkere Berücksichtigung der gemeinsamen Datenbank der Planerkammern zur Bauvorlageberechtigung di.BASAI in der Digitalisierung.	Länder; Kommunen	In dieser LP
umgesetzt	4.40	Stärkung des BIM-Kompetenzzentrums des Bundes.	Bund	In dieser LP

in Bearbeitung	4.41	Vereinheitlichung und Standardisierung von BIM-Anwendungen und -Prozessen.	Bund	In dieser LP
umgesetzt	4.42	Förderung der Automatisierung am Bau durch gezielte Investitionsanreize, z. B. für die Einführung für Robotik sowie der Intensivierung der Forschung.	Bund	In dieser LP
weitreichend bearbeitet	4.43	Selbstverpflichtung der Unternehmen der Bauwirtschaft zur Ausweitung des bestehenden Engagements in der Berufsorientierung, der Ausbildung, der Anwerbung aus dem Ausland sowie bei Kooperationsprojekten und Anreizen zum Umstieg in die Bauwirtschaft, um einen bedarfsgerechten Beschäftigtenzuwachs in der Hochbausparte zu erreichen, dem Mangel an Fachkräften entgegenzuwirken und die Realisierung von Investitionen in den bezahlbaren Wohnraum zu unterstützen.	Bauwirtschaft	2025
in Bearbeitung	4.44	Stabilisierung des Lohngefüges durch Stärkung der Tarifbindung in der Bauwirtschaft.	Bund	2023
weitreichend bearbeitet	4.45	Intensivierung der Aus- und Weiterbildungs- sowie Qualifizierungstätigkeit, z. B. durch eine Stärkung des umlagebasierten Berufsbildungsverfahrens in der Baubranche und die konsequente, bedarfsorientierte Neuausrichtung der Berufsbilder auf die Herausforderungen der Digitalisierung und des Klimawandels.	Bund; Bauwirtschaft; Handwerk	In dieser LP
weitreichend bearbeitet	4.46	Ausbau und passgenaue Förderung der Weiterbildungs- und Umschulungsmöglichkeiten für Beschäftigte aus anderen Berufsfeldern und Branchen in die Bauwirtschaft, möglichst unter Einbeziehung bereits bestehender gemeinsamer Einrichtungen der Sozialpartner.	Bund; Bündnis- mitglieder	In dieser LP
offen	4.47	Fortführung der Entlastung der Betriebe bei den Ausbildungskosten bei der überbetrieblichen Auszubildendenunterweisung grundsätzlich für alle Bauberufe in der Fachstufe mit dem Ziel einer Verbesserung der Attraktivität der Bauausbildung.	Bund (unter Beteiligung der Sozialpartner)	In dieser LP
umgesetzt	4.48	Verbesserung der Strukturen zur zügigen Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse durch Vereinheitlichungen in den Ländern und Prüfung von Optimierungsmöglichkeiten bei Anerkennung und Aufenthaltsrecht.	Bund; Länder	In dieser LP
umgesetzt	4.49	Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Anwerbung ausländischer Fachkräfte für die Bauwirtschaft, z. B. durch beschleunigte Verwaltungsverfahren, verbunden mit verbindlichen und fairen tariflichen Rahmenbedingungen für Bezahlung und Qualifizierung.	Bund (unter Beteiligung der Sozialpartner)	In dieser LP
umgesetzt	4.50	Entwicklung von Instrumenten zur Sicherstellung der Qualität bei der fachgerechten Umsetzung von geförderten Maßnahmen durch qualifiziertes Personal, u. a. im Bereich Energieeffizienz.	Bund	In dieser LP

weitreichend bearbeitet	4.51 Zeitlich befristete Erhöhung vergaberechtlicher Wertgrenzen für Wohnzwecke für Direktaufträge, freihändige Vergaben und beschränkte Ausschreibungen ohne Teilnahmewettbewerb, um Vergaben im Wohnungsbau zu erleichtern. Tariftreuevorgaben und strategische Ziele sind im Rahmen des geltenden Rechts weiter zu berücksichtigen.	Bund	2023
weitreichend bearbeitet	4.52 Unter Berücksichtigung strategischer Ziele des Bundes und der Länder, sachgerechte Weiterentwicklung des Vergaberechts durch weitere Vereinfachung des Verfahrens, um beispielsweise eine bessere frühe Zusammenarbeit und Kooperation von Planen und Bauen zu fördern.	Bund	In dieser LP
in Bearbeitung	4.53 Verbesserte personelle und materielle Ausstattung der Behörden in der Vergabepaxis.	Bund; Länder; Kommunen	fortlaufend
weitreichend bearbeitet	4.54 Mögliche weitere zeitlich befristete vergaberechtliche Sonderregelungen für den Wohnungsbau, beispielsweise in der VOB/A, für den Wohnungsbau.	Bund	2022/2023
in Bearbeitung	4.55 Einsatz gegenüber der EU-Kommission für eine zeitlich befristete Aufhebung verpflichtender europarechtlicher Ausschreibungen für öffentliche Wohnungsunternehmen. Die Anwendung des nationalen Vergaberechts bleibt hiervon unberührt.	Bund	2022/2023

Themenfeld 5

umgesetzt	5.1	Aufstockung der Mittel des Bundes für den Sozialen Wohnungsbau auf 14,5 Mrd. Euro.	Bund	2022/2026
weitreichend bearbeitet	5.2	Bedarfsgerechte Kofinanzierung der Sozialen Wohnraumförderung für die Förderung von Investitionen in die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum sowie Nachweis des zweckgebundenen Einsatzes und vollständiger Abruf der Mittel des Bundes.	Länder	2023/2026
umgesetzt	5.3	Zielgerichtete Kumulierung der Sozialen Wohnraumförderung mit anderen Förderungen des Bundes für wirtschaftlich tragfähige Investitionen in bezahlbaren und klimagerechten Wohnraum sicherstellen.	Bund; Länder	In dieser LP
umgesetzt	5.4	Langfristige, an den regionalen Bedarfen ausgerichtete Miet- und Belegungsbindungen im Rahmen der Sozialen Wohnraumförderung anbieten, verbunden mit einer im Vergleich höheren Förderung als Anreiz für langlaufende Belegungsbindungen.	Länder	In dieser LP
umgesetzt	5.5	Im Rahmen der Sozialen Wohnraumförderung mit der Förderung z. B. von energetischen Modernisierungsmaßnahmen (mit Finanzhilfen des Bundes) und dem Erwerb von neuen Miet- und Belegungsbindungen (mit Mitteln der Länder) sowie der Optimierung des Belegungstausches bezahlbaren Wohnraum im Bestand schaffen.	Länder	In dieser LP
umgesetzt	5.6	Besonderer Schwerpunkt der Sozialen Wohnraumförderung auf Investitionen in bezahlbaren Wohnraum in Regionen mit angespannten Wohnungsmärkten.	Länder	In dieser LP
umgesetzt	5.7	Investitionen in bezahlbaren Wohnraum durch Aufstockung von Wohngebäuden und Umwidmung z. B. von Gewerbegebäuden im Rahmen der Sozialen Wohnraumförderung fördern.	Länder	In dieser LP
umgesetzt	5.8	Verbilligte Abgabe von öffentlichen Liegenschaften für Investitionen im Rahmen der Sozialen Wohnraumförderung.	Bund; Länder; Kommunen	In dieser LP
in Bearbeitung	5.9	Prüfung einer Förderung von Investitionen in bezahlbaren Wohnraum im Rahmen der Sozialen Wohnraumförderung für Menschen mit mittleren Einkommen in Abhängigkeit von der regionalen Marktlage (Stichwort „preisgedämpfter Wohnungsbau“).	Länder	In dieser LP
umgesetzt	5.10	Etablierung eines Bund-Länder-Programms für studentisches Wohnen, für junges Wohnen und Wohnen für Auszubildende im Rahmen der Sozialen Wohnraumförderung.	Bund; Länder	2023

weitreichend bearbeitet	5.11	Neubau von weiteren Wohnheimplätzen unter der Voraussetzung einer Förderung im Sozialen Wohnungsbau.	Länder; Deutsches Stud.werk	2026
weitreichend bearbeitet	5.12	Bestandserhaltung und energetische Sanierung von Wohnheimplätzen im Bestand unter der Voraussetzung einer Förderung im Sozialen Wohnungsbau.	Länder; Deutsches Stud.werk	2026
weitreichend bearbeitet	5.13	Ausgestaltung der Förderung von Investitionen in studentisches Wohnen und Wohnen für Auszubildende unter Berücksichtigung der regionalen Unterschiede bei den Baukosten.	Länder	2023
weitreichend bearbeitet	5.14	Berücksichtigung der branchenabhängigen Vergütung/Wohnbedarfspauschale im BAföG und der regional unterschiedlichen Wohnkosten bei der Ausgestaltung der Förderung für Investitionen in bezahlbaren Wohnraum für Studierende und Auszubildende.	Länder	2023
weitreichend bearbeitet	5.15	Entkoppelung des Platzes in einem geförderten Wohnheim für Auszubildende von einem bestimmten Ausbildungsbetrieb.	Länder	2023
weitreichend bearbeitet	5.16	Sinnvolle Begrenzung der Wohnfläche von geförderten Wohnungen für Studierende und Auszubildende, um flächensparendes Bauen zu fördern.	Länder	2023
umgesetzt	5.17	Bedarfsgerechte Förderung, um den altersgerechten Umbau von Wohnungen, die Barrierefreiheit und den Abbau von Barrieren in Wohngebäuden besonders zu unterstützen, verbunden mit der besseren Abstimmung von Bundes- und Landesförderprogrammen.	Bund; Länder	In dieser LP
umgesetzt	5.18	Entwicklung und Umsetzung eines Bundesprogramms Barrierefreiheit, um die Barrierefreiheit in allen Bereichen des öffentlichen und privaten Lebens, vor allem aber bei der Mobilität, beim Wohnen, in der Gesundheit und im digitalen Bereich zu stärken.	Bund	In dieser LP
umgesetzt	5.19	Besonderer Fokus auf die Förderung von Investitionen in den bedarfsgerechten barrierefreien bezahlbaren Wohnraum im Rahmen der Sozialen Wohnraumförderung und auf der Grundlage einer einheitlichen abzustimmenden Definition jährliche Dokumentation der geförderten barrierefreien Wohnungen.	Länder	2023ff
weitreichend bearbeitet	5.20	Verstärkter Aus- und Umbau der öffentlichen Gebäude des Bundes, um den Zugang barrierefrei zu gestalten.	Bund	fortlaufend

offen	5.21	Prüfung einer Definition eines Mindeststandards für den Neubau unter Vermeidung von Baukostensteigerungen, insbesondere für Bewegungsflächen, Türbreiten, Schwellen und technische Anlagen, sodass neu gebaute Wohnungen im Bedarfsfall schnell und barrierefrei umgerüstet werden können.	Bund; Länder; Bündnis- mitglieder	2023/2024
in Bearbeitung	5.22	Prüfung einer Reform der Musterbauordnung sowie der Landesbauordnungen für den Bau von barrierefreien Wohnungen z. B. hinsichtlich der Anzahl der barrierefreien und mit dem Rollstuhl nutzbaren Wohnungen pro Gebäude oder des Einbaus eines Fahrstuhls.	Länder	2023/2024
offen	5.23	Prüfung einer Stärkung der Förderung von bezahlbaren barrierefreien Wohnungen in der Sozialen Wohnraumförderung, z. B. durch eine mögliche Koppelung der geförderten Investitionen an rechtliche Vorgaben der bedarfsgerechten Barrierefreiheit (z. B. der DIN 18040-2 und einer bedarfsgerechten Anzahl barrierefrei mit dem Rollstuhl nutzbaren Wohnungen) oder stärkere Anreize durch höhere Fördersätze für die Realisierung von übergesetzlichen Standards der Barrierefreiheit.	Länder	2023/2024
weitreichend bearbeitet	5.24	Etablierung eines Nationalen Forums Wohnungslosigkeit.	Bund; Länder; Kommunen; Bündnis- mitglieder	2023
weitreichend bearbeitet	5.25	Erarbeitung eines Nationalen Aktionsplans zur Überwindung der Obdach- und Wohnungslosigkeit bis 2030 mit Schwerpunktsetzung auf die Wohnraumbereitstellung für wohnungslose Haushalte durch gezielte Akquise von Wohnungen und die Prävention gegen den Verlust der Wohnung.	Bund; Länder; Kommunen; Bündnis- mitglieder	2023
umgesetzt	5.26	Einführung von KfW-Darlehen zur Stärkung des Eigenkapitals, um den Eigentumserwerb für Ersterwerberinnen und Ersterwerber mit mittleren Einkommen aus Schwellenhaushalten zu fördern.	Bund	2023
weitreichend bearbeitet	5.27	Mögliche Anpassung bestehender und Entwicklung von weiteren Instrumenten zur Unterstützung bei der Bildung von Eigenkapital für den Erwerb einer eigenen Wohnimmobilie durch Menschen aus Schwellenhaushalten.	Bund	In dieser LP
in Bearbeitung	5.28	Entwicklung eines ökonomisch tragfähigen sowie rechtlich und unbürokratisch umsetzbaren Mietkaufmodells.	Bund; Länder; Bündnis- mitglieder	In dieser LP
umgesetzt	5.29	Anhebung des linearen Abschreibungssatzes für neue Wohngebäude von zwei auf drei Prozent.	Bund	01.07.2023
umgesetzt	5.30	Evaluierung der Sonder-Abschreibung für den Mietwohnungsneubau (§7b EstG).	Bund	In dieser LP

weitreichend bearbeitet	5.31	Rechtliche Verankerung der Möglichkeit für eine flexiblere Gestaltung der Grunderwerbsteuer durch die Länder, z. B. durch Freibeträge zur Erleichterung des Erwerbs von selbstgenutztem Wohneigentum.	Bund; Länder	In dieser LP
weitreichend bearbeitet	5.32	In begründeten Fällen Stundung der Grunderwerbsteuer bei Investitionen in den bezahlbaren Wohnraum bzw. Erlass bei Investitionen in die Sanierung.	Länder	fortlaufend
weitreichend bearbeitet	5.33	Weitere Novellierung steuerlicher Regelungen beim Immobilienerwerb von Unternehmen bei der Grunderwerbsteuer (Share Deals).	Bund; Länder	In dieser LP
umgesetzt	5.34	Bei Bedarf können Kommunen im Rahmen der Grundsteuer baureife, aber unbebaute Grundstücke höher besteuern, um Anreize dafür zu schaffen, dass baureife Grundstücke auch tatsächlich für Investitionen in den bezahlbaren Wohnraum genutzt werden und nicht als Spekulationsobjekt dienen (Grundsteuer C).	Kommunen	ab 2025
in Bearbeitung	5.35	Prüfung eines möglichen niedrigen Mehrwertsteuersatzes beim Bau von miet- und belegungsgebundenem Wohnraum.	Bund; Länder	In dieser LP
umgesetzt	5.36	Prüfung einer zielgenauen europarechtskonformen neuen Sonderabschreibung für Investitionen in den bezahlbaren Wohnraum.	Bund; Länder	In dieser LP
weitreichend bearbeitet	5.37	Entwicklung von möglichen Regelungen zu flexiblen Entlastungsmöglichkeiten bei der Grunderwerbsteuer, um zusätzliche Anreize für Investitionen in den bezahlbaren Wohnraum z. B. im Innenbereich zu ermöglichen.	Bund; Länder	In dieser LP
weitreichend bearbeitet	5.38	Überprüfung der rechtlichen Vorgaben bei der Grunderwerbsteuer, um Belastungen z. B. beim kommunalen Vorkaufsrecht oder im Erbbaurecht zu vermeiden.	Bund; Länder	In dieser LP
in Bearbeitung	5.39	Überprüfung der 10-jährigen Spekulationsfrist bei Grundstücksgeschäften mit unbebauten und untergenutzten Grundstücken (§23 EStG).	Bund; Länder	In dieser LP
umgesetzt	5.40	Ausbau der Förderung des Erwerbs von Genossenschaftsanteilen für selbstgenutzten Wohnraum durch Privatpersonen zur Stärkung der erforderlichen Eigenkapitalausstattung.	Bund	2023

umgesetzt	5.41	Ausbau der Beratung bei der Gründung von kommunalen Wohnungsbauunternehmen und Wohnungsgenossenschaften.	Bund; Länder; Kommunen	In dieser LP
weitreichend bearbeitet	5.42	Konstruktiv-kritische Begleitung eines Gesetzgebungsverfahrens zur Umsetzung einer Neuen Wohngemeinnützigkeit.	Bund; Länder; Bündnismitglieder	In dieser LP
umgesetzt	5.43	Vereinbarung gestaffelter Erbbauzinsen zur Entlastung bzw. Ermöglichung von Projekten für das bezahlbare Wohnen in der Startphase, soweit im Einzelfall erforderlich.	Stiftung Edith Maryon; Stiftung trias	fortlaufend
umgesetzt	5.44	Förderung einiger baulicher und sozialer Maßnahmen für Wohnungsbau und Wohnen durch kirchliche sowie diakonische/caritative Körperschaften und kirchliche Siedlungswerke als auch kirchliche Wohnungs- und Immobilienunternehmen.	Evangelische Kirche in Deutschland; Katholische Kirche	fortlaufend
umgesetzt	5.45	Dauerhafte Sicherung der Städtebauförderung, um das städtische Wohnumfeld des zusätzlich zu schaffenden bezahlbaren Wohnraums zu stärken.	Bund; Länder	In dieser LP
umgesetzt	5.46	Unterstützung der klimagerechten Entwicklung der Städte und Gemeinden und Stärkung der „doppelten Innenentwicklung“ im Rahmen der Städtebauförderung.	Bund; Länder	In dieser LP
weitreichend bearbeitet	5.47	Entbürokratisierung der Städtebauförderung durch eine Vereinfachung der Fördersystematik und der Prozesse, u. a. durch die Digitalisierung der Kontroll- und Nachweisstrukturen.	Bund; Länder	In dieser LP
offen	5.48	Mögliche Fortentwicklung der Städtebauförderung, um auch nicht investive Maßnahmen zu unterstützen.	Bund; Länder	In dieser LP
offen	5.49	Mögliche Etablierung eines Bundesprogramms (unabhängig von Gebietskulissen der Städtebauförderung) zur Unterstützung von geflüchteten Menschen (z. B. durch das Zusammenbringen der Subjekt- und Objektförderung).	Bund	In dieser LP



Bundesministerium
für Wohnen, Stadtentwicklung
und Bauwesen



Bündnis
**bezahlbarer
Wohnraum**